

Nachrüsten ist unerlässlich



Christoph Barth
über Ladestationen für Mieter

Auf den ersten Blick ist es das klassische Henne-Ei-Problem: Autofahrer kaufen sich kein E-Auto, weil es an Lademöglichkeiten fehlt – und die Stromversorger bauen nicht genug Ladesäulen, weil es zu wenig E-Autos gibt. Dabei ist eigentlich sonnenklar: Das Elektromobil wird kommen, vielleicht nicht in der politisch erwünschten Geschwindigkeit, aber am Ende werden die meisten Autos elektrisch fahren.

Mit der Investition in eine Ladesäule geht man also kein Risiko ein. Insofern macht es die Gewoba richtig, wenn sie auf den Parkplätzen ihrer Wohnanlagen schon mal mit dem Bau von Ladesäulen anfängt, auch wenn viele Mieter nicht zu den typischen Erstkäufern teurer E-Mobile gehören. Über den Gebrauchtwagenmarkt wird sich die Elektromobilität in breitere Schichten der Bevölkerung ausdehnen. Die Wohnungsbaugesellschaften sollten rechtzeitig dafür sorgen, dass nicht nur Eigenheimbesitzer mit Doppelgarage etwas davon haben.

Bericht Seite 1
christoph.barth@weser-kurier.de

Der Norden zeigt Stärke



Jean-Julien Beer
über die Bundesliga

Durch den Aufstieg von Holstein Kiel und St. Pauli in die Bundesliga gewinnt der Norden eine größere Bedeutung im deutschen Fußball. Weil auch Werder Bremen souverän die Klasse hielt, wird es einige spannende Nordduelle geben. Vor wenigen Jahren, in der Saison 2021/22, sah das ganz anders aus. Damals spielte sogar Werder erstmals seit 40 Jahren nicht mehr in der Bundesliga, der nördlichste Verein in der höchsten Spielklasse war der VfL Wolfsburg.

Jetzt wurde die starke Arbeit der Nordklubs belohnt. Der Hamburger SV hingegen muss in ein siebtes Zweitligajahr gehen, weil dort eben keine starke Arbeit geleistet wurde: Gemessen an den Möglichkeiten hätte der HSV eher aufsteigen müssen als Kiel oder St. Pauli. Der HSV ist ein warnendes Beispiel, wie man sich in der Zweitklassigkeit verlieren kann. Werders sofortiger Wiederaufstieg war extrem wichtig, um sportlich wie wirtschaftlich nicht in eine ähnliche Dauerkrise zu geraten.

Bericht Seite 20
jean-julien.beer@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteur: Silke Hellwig - **Mitglied der Chefredaktion:** Michael Baltes - **Chef vom Dienst:** Michael Brandt - **Digitalchef:** Bastian Angenendt-Eiserbeck - **Art-Direktor:** Franz Bering - **Chefreporter:** Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer - **Leiter Zentralredaktion und Politik:** Thorsten Waterkamp (Stellvertretung) - **Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft:** Maren Beneke, Mathias Sonnenberg - **Kultur:** Iris Hetscher - **Sport:** Olaf Dorow - **Kommunal- und Landespolitik:** Jürgen Theiner - **Stadtteile:** Antje Borstelmann

DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten - **WÜMME-ZEITUNG:** André Fesser - **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Lars Fischer - **SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU:** Wolfgang Sembritzki* - **ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land:** Felix Gutschmidt* - **DELMENHORSTER KURIER:** Gerwin Möller* - **Büro Berlin:** Markus Peters - **Büro Brüssel:** Katrin Priblyl - **Büro London:** Susanne Ebner - **Büro Paris:** Birgit Holzner - **Büro Washington:** Thomas Spang - *Presseamt Nord GmbH

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 48,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 78.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: Mo. bis Fr.: 9:30 bis 17 Uhr.
Telefonisch Mo. bis Fr. von 7 bis 17 Uhr und Sa. von 7 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service: Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de

Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App

Redaktion: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme: Telefon: 04 21/36 71 66 55

Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)

Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH



Mario Lars Weitere Karikaturen unter www.weser-kurier.de/karikaturen

Zwang ist der falsche Weg



Benjamin Lassive
über den Kriegsdienst in der Ukraine

Es ist eine Debatte, die erwartbar war: In dem Maße, in dem die Ukraine militärisch unter Druck gerät und die internen Rekrutierungskampagnen stoppen, geraten alle diejenigen wehrfähigen Männer in den Blick, die vor dem Krieg und dem drohenden Fronteinsatz ins Ausland geflüchtet sind. Sollen sie in die Ukraine zurückkehren? Sollen sie ihre Heimat verteidigen? Sollen sie gegen ihren Willen an die Front geschickt werden und für ihr Land ihr Leben riskieren?

Manche Äußerungen gerade von CDU-Landesministern der vergangenen Monate klingen so, als wäre die Antwort auf diese Fragen ein laises „Ja“. Es wird darüber spekuliert, dass Deutschland diesen Menschen ja keine Ersatzpapiere ausstellen dürfe – und da die Ukraine ihre Auslandsvertretungen angewiesen habe, wehrfähigen Männern im Ausland die Pässe nicht zu verlängern, müssten sie dann ja in ihre Heimat reisen.

Denn natürlich: Auch die Ukraine hat erhebliche Personalverluste bei ihrem legitimen Versuch, sich gegen den völkerrechtswidrigen russischen Angriff zu verteidigen. Und viele ukrainische Soldaten kämpfen seit Beginn des Krieges in den Schützengräben. Eine Ablösung haben sie mehr als verdient.

Doch gerade in Deutschland steht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht ohne Grund im Grundgesetz.

Noch vor der Gründung der Bundeswehr wurde es von den Müttern und Vätern der Verfassung dort aufgenommen. Die Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs waren ausschlaggebend dafür, Menschen, die aus Gewissensgründen keinen Dienst mit der Waffe leisten wollen, dieses Recht zuzubilligen – und sie stattdessen im Verteidigungsfall zu einem Zivildienst einzuberufen. Und was für Einheimische gilt, sollte und muss an dieser Stelle auch für Angehörige von Drittstaaten gelten.

Deutschland würde sich an seinen eigenen Grundwerten vergreifen, würde

Das Recht auf Verweigerung steht nicht ohne Grund im Grundgesetz.

es Menschen gegen ihren Willen in einen Krieg schicken, vor dem sie doch bewusst geflohen sind. Die berechtigte Aussage, in der Ukraine würde die freie westliche Welt verteidigt, wäre nicht mehr viel wert, würde man eines der wesentlichen Freiheitsrechte, nämlich die Gewissensfreiheit, auf diese Weise in Frage stellen.

Denn wofür steht die westliche Welt, wenn nicht für die universale Geltung der Menschenrechte ohne Wenn und Aber? Zumal ein laufender Krieg oder Bürgerkrieg in einem Land ohnehin als Abschiebehindernis gilt: Kriminelle Clanverbrecher können nicht nach Syrien abgeschoben werden, weil dort ein

Bürgerkrieg tobt und die Sicherheitslage prekär ist. Und auch in Länder wie Afghanistan oder den Sudan wird derzeit niemand abgeschoben.

Aber wenn die Abschiebung in Kriegs- und Krisengebiete für Kriminelle ein Tabu ist – wieso soll das dann für rechtschaffene Bürger gelten, die nicht ihr Leben an der Front riskieren möchten?

Ukrainischen Kriegsdienstverweigerern die Passersatzpapiere zu verweigern, und sie damit indirekt womöglich zu einer Reise ohne Rückkehr in ihr Heimatland zu zwingen, ist definitiv der falsche Weg. Sinnvoller ist es, genau das zu machen, was vor Kurzem Bundeskanzler Olaf Scholz betonte: Nämlich alles daran zu setzen, dass diese Menschen hierzulande einen Weg in Lohn und Brot finden. Schließlich gibt es mittlerweile kaum eine Branche in Deutschland mehr, die nicht über Fachkräftemangel klagt. Gut ausgebildete Menschen, die ihre Zukunft hier in Deutschland suchen, zurück an die Front zu schicken, wäre die falsche Entscheidung.

Zumal der Ukraine mit Soldaten, die im Grunde ihres Herzens unwillig sind, zu kämpfen, wohl auch nicht geholfen wäre. Ein Freiheitskämpfer, der von seinem Kampf nicht überzeugt ist, ist kein guter Freiheitskämpfer – und wird es auch nie werden. Weswegen der Ukraine mit umfassenden westlichen Waffenhilfen, den schon lange versprochenen Kampfflugzeugen ebenso wie den Taurus-Marschflugkörpern am Ende wohl deutlich besser geholfen wäre als mit Soldaten, die den Krieg für sich persönlich ablehnen.

politik@weser-kurier.de



Ukrainische Soldaten an der Front.

FOTO: EVGENIY MALOLETKA/DPA

„Der Frust in der Bevölkerung über den Ampel-Streit sitzt tief“

Badische Zeitung
über Olaf Scholz und Friedrich Merz

Er halte, so hat Scholz nun gesagt, einen Unionskanzlerkandidaten Friedrich Merz für sehr wahrscheinlich. Und das, fügte er hinzu, wäre ihm auch „ganz recht“. Man kann Scholz' Chuzpe erstaunlich finden – jedenfalls gemessen daran, dass die Union unter Merz' Führung stabil bei 30 Prozent liegt und die SPD derzeit nicht viel mehr als die Hälfte schafft. Andererseits ist die Analyse des Kanzlers, dass Merz für die Union ein Kandidat mit Risiken ist, eine, die unter der Hand auch von vielen in der Union geteilt wird. (...) Doch Scholz sollte sich über eines nicht täuschen: Der Frust in der Bevölkerung über den ständigen Ampel-Streit sitzt tief. Vor dem Hochmut sollte erst mal der Haushalt 2025 stehen.

„Der ESC will nichts anderes sein als eine große Party“

Städtkurier
über den Eurovision Song Contest

Der Sieg für die Schweiz beim Eurovision Song Contest (ESC) mit dem Lied „The Code“ war deutlich. Und doch bleibt bei all dem Jubel ein fader Beigeschmack. Denn die Europäische Rundfunkunion (Ebu) hat sich mit ihrem Bestreben, alles Politische aus dem Wettbewerb auszuschließen und jeden Anflug von politischer Unkorrektheit im Keim zu ersticken, ungläubwürdig gemacht. Der krampfhaft Wunsch nach Harmonie hat in diesem Jahr genau das Gegenteil bewirkt. Es war ein Fehler, dass die Ebu keine Diskussion über die Teilnahme Israels zugelassen hat. Natürlich ist der Angriffskrieg in der Ukraine, der 2022 zum Ausschluss Russlands führte, etwas anderes als die Reaktion Israels auf den Angriff der Hamas. Und doch muss es möglich sein, auch über 30.000 tote Palästinenser zu reden. Stattdessen: Maulkorb für die Künstler, laute Buhrufe in der Halle, Proteste davor. Der ESC will nichts anderes sein als eine große Party. Aber das geht an der Realität des Jahres 2024 vorbei.

„Musikveranstaltungen finden nicht im luftleeren Raum statt“

Rheinpfalz
über dasselbe Thema

Internationale Musik- wie auch Sportveranstaltungen finden nicht im luftleeren Raum statt. Wer als Verantwortlicher oder Verantwortliche erklärt, ein solches Ereignis sei unpolitisch, wer versucht, die – derzeit leider ziemlich verstörende – weltpolitische Lage auszublenden, der stiehlt sich aus der Verantwortung und verschlimmert die Konflikte womöglich noch. Beim ESC in Malmö ist genau das passiert.